



Airline®

Reisegepäck im internationalen Stil

Zum Beispiel das exclusive, mehrteilige
Reisegepäck-Set „Roma“
 Klassischer modischer Chic · grundsollide verarbeitet · außerordentlich
 strapazierfähig · leicht · dezente Farben.

Airline finden Sie in Fachgeschäften und guten Warenhäusern.

Airline Lederwaren Keller & Kern GmbH & Co. KG · Postfach 2107 · D-6053 Obertshausen 2

GESTORBEN

Guy Paulin, 44. Mit Schleifen und Rüschen wie der spektakuläre Kitschier Christian Lacroix hatte er nichts am Hut, und auch Bunt und Blumiges in lauten Schockfarben wie bei Jean-Paul Gaultier war ihm zuwider. In der Pariser Modeszene galt der junge Designer als geschmackssicherer Anti-Star. Paulins Kollektionen bestachen durch tragbare Schlichtheit, eleganten Schnitt und durch Verwendung natürlicher Materialien wie Seide und Leinen in milden Farben. Die Karriere des Modemachers hatte unter dem Einfluß des „swinging London“ der sechziger Jahre in einer Gruppe junger Modedesigner, zu der auch die Minirock-Erfinderin Mary Quant gehörte, begonnen. Später entwarf er Kollektionen für Laura Biagiotti, Max Mara und Byblos in Italien. Nachdem Modezar Karl Lagerfeld 1983 zu Chanel gewechselt hatte, avancierte der Nachwuchs-Designer für ein Jahr zu dessen Nachfolger bei Chloé. Guy Paulin starb vorvergangenen Mittwoch in Paris an der Immunschwäche Aids.



BERUFLICHES

Siegfried Wiedenhofer, 48, verheirateter Katholik und Professor für Systematische Theologie am Fachbereich Religionswissenschaften der Universität Frankfurt, ist ein neues Opfer der rigiden vatikanischen Personalpolitik geworden. Seiner Berufung auf den Lehrstuhl für Fundamentaltheologie an der Universität Graz (Österreich) verweigerte der Vatikan das „Nihil obstat“ („Nichts steht entgegen“) mit der Begründung, Wiedenhofer habe die „Kölner Erklärung“ mitunterzeichnet – jenen im vergangenen Jahr von rund 200 deutschsprachigen Theologieprofessoren unterschriebenen Protest gegen die päpstliche Bevormundung. Nun sehen sich die Unterzeichner der „Kölner Erklärung“ herausgefordert: Sie bereiten einen Brief an alle deutschsprachigen Bischöfe vor. Den Inhalt wollen sie nach guter Professorenart für sich behalten, vorerst jedenfalls.

Christine Andert-Schanderl, 28, Nürnberger Rechtsreferendarin, die sich als Schülerin vor zehn Jahren durch hartnäckiges Tragen von „Stoppt Strauß“-Plaketten mit der bayerischen Staatsbürokratie angelegt hatte, erhält trotz Prädikatsexamens keine Chance, im Freistaat Bayern Beamtin zu werden. Letzte

Woche scheiterte auch ein Vorstoß der Opposition im Bayerischen Landtag, der jungen Juristin eine normale Referendarzeit als „Beamtin auf Widerruf“ zu ermöglichen, an der CSU-Mehrheit. Regierungsvertreter beteuerten zwar, bei der Ablehnung der Bewerberin habe der alte Streit um das Wapperl keine Rolle gespielt; entscheidend sei vielmehr ihre frühere „Mit- und Zusammenarbeit mit kommunistischen und kommunistisch beeinflussten Organisationen“ gewesen. SPD und Grüne im Landtag sind dennoch der Meinung, daß die Referendarin das Opfer eines „Verfolgungskriegs“ ist. Das Oberlandesgericht Nürnberg hatte das staatliche Berufsverbot für Christine Andert im Oktober mit einer „Persönlichkeitsprognose“ bekräftigt, nach der nicht zu erwarten sei, „daß die Antragstellerin in Krisenzeiten und ernsthaften Konfliktsituationen für den Staat Partei ergreift“.

URTEIL

Wolfgang Hilger, 60, Vorstandsvorsitzender der Chemiefirma Hoechst, errang vor dem Oberlandesgericht Frankfurt einen Teilerfolg gegen die Umweltorganisation Greenpeace. Auf einem vom Politgrafiker Klaus Staeck entworfenen Plakat (Foto) hatten die Ökoschützer paßfotoähnlich Hilger und den Kali-Chemie-Vorstandsvorsitzenden Cyril Van Lierde abbilden lassen, ergänzt um die Parole „Alle reden vom Klima – wir ruinieren es“. Die bildliche Darstellung Hilgers hielten die Richter für unzulässig, nicht hingegen den Umweltschützer-Spruch. Hilger sei zwar „mitverantwortlich für die Geschäftspolitik“ des Konzerns, begründete das Gericht,

**Alle reden vom Klima
Wir ruinieren es:**



doch mit der Abbildung auf dem Plakat sei er als Repräsentant eines großen Wirtschaftsunternehmens durch „personenbezogene terroristische Anschläge gefährdet“. Greenpeace sieht in dem Urteil „eine Schlappe für den Umweltschutz“ und will nun vor das Bundesverfassungsgericht. Zunächst aber versucht der zweite Mann auf dem Plakat, Van Lierde, per einstweiliger Verfügung gegen die Aktion der Ökologen vorzugehen. Die Eingabe vor dem Landgericht Hannover begründet er mit dem Vorwurf, das Plakat habe „Steckbriefcharakter“.